



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 22.07.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresabschluss 2024 der Wohnungsbau
Ludwigsburg GmbH

Vorl.Nr. 200/25

Beschluss:

Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH mit einer Bilanzsumme von EUR 326.726.234,64 (VJ EUR 305.005.328,92) und einem Jahresüberschuss von EUR 7.732.672,17 (VJ EUR 1.973.711,48) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:
Der Jahresüberschuss von EUR 7.732.672,17 wird in voller Höhe der Bauerneuerungsrücklage zugeführt.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2024 zur Kenntnis zu nehmen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über die Beschlussziffern 1-4 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Der Beschluss über die Beschlussziffer 5 wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Hierbei befangen: OBM Dr. Knecht
Stadtrat Meyer
Stadtrat Peifer
(alle aufgrund Tätigkeit im Aufsichtsrat der Wohnungsbau
Ludwigsburg GmbH)

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Geschäftsführer** der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH stellt den Jahresabschluss 2024 und die Bilanz vor. Durch den Verkauf des Bürogebäudes Mathildenstraße 21 an die Stadt konnte man einen Sondereffekt erzielen.

OBM **Dr. Knecht** dankt und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Schittenhelm** lobt das sehr gute Ergebnis und dankt. Sie schlägt vor, den Überschuss in die Bauerneuerungsrücklage zu bringen. Der Rückgang im Wohnungsverkauf bringe einen positiven Anstieg bei den Mietwohnungen. Sie geht auf die geringe Anzahl der Wohnberechtigungsscheine ein und fragt nach den Gründen. Grundstücke sollen im Bestand bleiben und nicht verkauft werden. Der Bedarf an Wohnungen sei ungebrochen groß und Familien ziehen deshalb ins Umland.

Stadtrat **Meyer** dankt der Geschäftsleitung und dem Team für das erfreuliche Ergebnis, welches vergleichbar mit dem Vorjahr sei. Der Verkauf der Neubauwohnungen stagniere auf niedrigem Niveau. Er fragt, wie sich der Mietmarkt entwickle und wünscht Information zur Rentierlichkeit. Familiengerechte Wohnungsgrößen seien notwendig. Seine Fraktion wolle, dass die WBL wirtschaftlich arbeite und nicht sklavisch an den politischen Vorgaben festhalte, vor allem in Relation zum Marktgeschehen. Er fragt, ob es Kostensenkungsprogramme zur Ergebnisverbesserung gebe.

Stadtrat **Peifer** dankt ebenso für die hervorragende Arbeit.

Die Eigenkapitalquote sei ein stabiler Wert und ein gutes Fundament, sagt Stadtrat **Maier**. Preiswertes Bauen sei derzeit enorm schwierig und wirke sich auf den Mietpreis aus. Er hofft auf Änderungen in der Förderkulisse.

Stadträtin **Kuhnke** spricht ebenso ihren Dank aus. Sie fragt nach den Prognosen auf dem Immobilienmarkt, auch hinsichtlich der Baukosten und Verkaufspreise sowie Umsatz und Erlöse. Weiter geht sie auf den Fachkräftemangel ein und wünscht Informationen zu den entsprechenden Berufen sowie zur Eigenausbildung, zu Letzterem sieht sie die Deckung des Bedarfes als soziale Verantwortung der Unternehmen an. Zudem interessiert sie die Quote zwischen Vermietungen und Verkaufsobjekten.

Die Zahlen seien positiv, lobt Stadtrat **Dogan**. Er fragt nach der Entwicklung des Umlaufvermögens im Vergleich zum letzten Jahr sowie der Vergleich der Sozialwohnungsquote mit anderen Kommunen.

Auch die Stadt Sorge sich um die Themen bezahlbarer Wohnraum und Kitaplätze, betont OBM **Dr. Knecht** und unterstreicht den Appell in Richtung Fördermittelgebern und staatlichen Institutionen.

Der **Geschäftsführer** der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH geht auf die offenen Fragen ein. Seit dem Krieg in der Ukraine seien Fördergelder teilweise angekündigt oder unangekündigt eingestellt worden, so seine Auskunft zur Allgemeinlage. Er sagt, dass die bisherigen positiven Faktoren, die eine Finanzierung ermöglicht haben, sich ins Negative gekehrt haben, wie ein enormer Anstieg der Zinsen oder Wegfall von Förderungen. Baugenehmigungen können teilweise nicht mehr realisiert werden, da wirtschaftlich nicht darstellbar. Die WBL fokussiere sich derzeit auf den geförderten Wohnungsbau. Hier sei die Förderkulisse gut, wenngleich die Fördertöpfe entsprechend leer seien. Das bisherige Geschäftsmodell der WBL sei derzeit nicht umsetzbar, da sich die Haushalte einen Kauf der teuren Wohnungen nicht leisten können. Hier brauche man signifikante Veränderungen. Der Wohnberechtigungsschein orientiere sich an Einkommensgrenzen. Die Größe der Wohnung richte sich nach der Haushaltsgröße. In diesem Bereich gebe es eine große Nachfrage und eine entsprechende Warteliste, vor allem seit der Anpassung der Einkommensgrenzen. Die Problematik bezahlbarer Mieten sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Viele Haushalte beantragen dennoch bewusst keinen Wohnberechtigungsschein, obwohl ein Anspruch bestehe. Es gebe keine Fluktuation im Bestand, die Gründe liegen meist im Zuge einer Pflegebedürftigkeit oder bei Todesfall. Neubaumieten seien entsprechend hoch und liegen zwischen 14 und 17 Euro. Die Auslastung des Film- und Medienzentrums sei gut, wenngleich die Nachfrage für das angeschlossene Gründerzentrum signifikant zurückgehe. Grundsätzlich seien die Ergebnisse schwankend, bedingt durch Abrisse, Wertberichtigungen oder Erlöse aus dem Bauträgergeschäft. Die WBL sei gesund aufgestellt. Die Nachfrage liege aktuell bei Zweizimmerwohnungen, wenngleich auch Vier- und Fünfstückwohnungen gefragt seien. Klimaneutralität sei bis 2035 nicht leistbar, gleichwohl werden die Maßnahmen von den Prüfern und bei Finanzierungen von den Banken gefragt. Für die Zukunft sehe er keine signifikante Veränderung. Die WBL selbst baue nicht, somit werde für diese Berufszweige nicht ausgebildet.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die herausragende Arbeit. Er lässt über Ziffer 1 bis 4 abstimmen. Danach übergibt er aufgrund Befangenheit die Sitzungsleitung an Stadtrat Prof. Vierling.

OBM Dr. Knecht, Stadtrat Meyer und Stadtrat Peifer erklären sich für befangen und rücken vom Sitzungstisch ab.

Stadtrat **Prof. Vierling** lässt über Ziffer 5 abstimmen.

Im Anschluss übernimmt OBM **Dr. Knecht** wieder die Sitzungsleitung.

Beschluss:

Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von EUR 509.352.237,67 (VJ EUR 424.911.767,77) und einem Jahresüberschuss von EUR 3.235.168,29 (VJ EUR 3.829.406,31) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der Anteil am Jahresüberschuss 2024 von EUR 3.235.168,29 wird in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte der Stadt Ludwigsburg eingestellt und soll im gesetzlich zulässigen Rahmen zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden.

Die Stadt Kornwestheim gleicht gemäß § 20 Abs. 1 lit. c des Gesellschaftsvertrags denjenigen Teil des Jahresfehlbetrags aus der versorgungsfremden Sparte der Stadt Kornwestheim, der nicht durch den Ergebnisanteil der Stadt Kornwestheim aus der gemeinsamen Versorgungssparte und der gemeinsamen Sparte Telekommunikation ausgeglichen wird, durch eine entsprechende Einzahlung in die Kapitalrücklage der Stadt Ludwigsburg in Höhe von EUR 60.689,94 aus, die zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden soll.

Die Stadt Kornwestheim gleicht die Verschiebung der Kapitalanteile, die sich infolge der Einstellung des Jahresgewinns 2024 in die Gewinnrücklage der Versorgungssparte ergibt, durch eine ihrer Beteiligung am Ergebnis gemäß § 20 Abs. 1 lit. a des Gesellschaftsvertrags entsprechende Einzahlung in die Kapitalrücklage der Stadt Kornwestheim von weiteren EUR 547.260,04 aus, die ebenfalls zur Eigenkapitalstärkung der Sparte Stromverteilung (Stromnetz) verwendet werden soll.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2024 zu genehmigen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

6. Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2025 und 2026

Die BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart für die Geschäftsjahre 2025 und 2026 zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über die Beschlussziffern 1-4 und 6 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Der Beschluss über die Beschlussziffer 5 wird mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Hierbei befangen: OBM Dr. Knecht
Stadträtin Kuhnke
Stadtrat Meyer
(alle aufgrund Tätigkeit im Aufsichtsrat der Stadtwerke
Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH)

Der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, zum Jahresabschluss 2024.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** lobt das zufriedenstellende Geschäftsjahr. Der Transformationsweg sei gut und werde von seiner Fraktion unterstützt. Die Stadtwerke seien der zentrale Akteur bei der Verfolgung und Erreichung des Klimaneutralitätsziels.

Stadtrat **Meyer** dankt für die geleistete Arbeit. Das Ergebnis sei erfreulich und besser als angenommen. Das Eigenkapital sei eine zentrale Größe. Trotz Umsatzzuwachses haben die Bäder einen steigenden Abmangel, gibt er zu bedenken. Der Fernwärmeausbau müsse nach Augenmaß und mit Schwerpunkt auf wirtschaftliche Kriterien erfolgen. Die Transparenz bei den Ausbauplänen sei wichtig, wie auch die Versorgungssicherheit.

Stadtrat **Raasch** dankt ebenso und fragt, wie lange die Kunsteisbahn noch gehalten und ob Kosten minimiert werden können.

Stadtrat **Maier** lobt die gute Gewinnerwirtschaftung des erfolgreichen Unternehmens. Die Ziele seien ambitioniert.

Stadträtin **Kuhnke** lobt das Festhalten an Bädern und Eisbahn. Sie fragt, wie die Zukunft der Wärmepumpe gesehen werde, vor allem hinsichtlich der ansteigenden

Stromkosten. Normalerweise würde sich der Markt selbst regulieren, jedoch greife seit Jahren die Politik in das Klimathema ein.

Stadtrat **Dogan** spricht auch seinen Dank aus. Der Jahresüberschuss sei gegenüber der letzten drei Jahre niedriger ausgefallen und die Eigenkapitalquote gesunken. Er fragt nach den Gründen.

Der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH geht auf die offenen Fragen ein. Die Eigenkapitalquote von 20% dürfen nicht unterschritten werden. Es gebe eine zentrale und eine dezentrale Wärme. Die Kündigungen der Hausanschlüsse mit Gas steigen an. Er empfiehlt, die Wärmepumpe mit einer Photovoltaikanlage zu kombinieren.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die herausragende Arbeit. Er lässt über Ziffer 1 bis 4 und 6 abstimmen. Danach übergibt er aufgrund Befangenheit die Sitzungsleitung an Stadtrat Prof. Vierling.

OBM Dr. Knecht, Stadträtin Kuhnke und Stadtrat Meyer erklären sich für befangen und rücken vom Sitzungstisch ab.

Stadtrat **Prof. Vierling** lässt über Ziffer 5 abstimmen.

Im Anschluss übernimmt OBM **Dr. Knecht** wieder die Sitzungsleitung.

TOP 3

Jahresabschluss 2024 der Blühendes Barock
Gartenschau Ludwigsburg GmbH

Vorl.Nr. 219/25

Beschluss:

Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2024

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von EUR 8.434.572,62 (VJ EUR 7.459.175,93) und einem Jahresgewinn von EUR 1.254.898,27 (VJ EUR 1.281.528,14) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Dem Vorschlag, den Jahresgewinn von EUR 1.254.898,27 auf neue Rechnung vorzutragen, zuzustimmen.

3. Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2025

Die BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2025 zu beauftragen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt.

Der Beschluss über die Beschlussziffern 1-4 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Der Beschluss über die Beschlussziffer 5 wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Haag

Hierbei befangen: OBM Dr. Knecht (aufgrund Tätigkeit im Aufsichtsrat der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH)

Die **Direktorin** der Blühenden Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, zum Jahresabschluss 2024.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Schittenhelm** lobt das erfolgreiche Jahr. Sie fragt nach den Gründen für den Rückgang der Eintrittskarten für Schwerbehinderte und zum generellen Rückgang der Dauerkarten. Unglücklich sei der Termin der Eröffnung mit dem Ballonblühen zusammengefallen, vor allem für die Dauerkartenbesitzer, von denen zusätzlich Eintrittsgeld verlangt worden sei. Sie spricht das Thema Nordgarten und die dortigen zahlreichen Veranstaltungen an und wünscht eine schönere Gestaltung zwischen den Events. Zum Thema Südgarten, wie auch zum Gutscheineheft wünscht sie mehr Information.

Im Aufsichtsrat habe man sich mit dem Thema Südgarten beschäftigt, informiert OBM **Dr. Knecht**. Im Ältestenrat habe man sich darauf geeinigt, dieses Thema nach der Sommerpause aufzurufen.

Stadtrat **Passaro** wünscht ebenso mehr Information zum Dauerkartenverkauf. Auch er sieht den Umgang mit Dauerkartenbesitzern in Kombination mit Events als unglücklich an. Insgesamt seien die Veranstaltungen und Ausstellungen erfolgreich gewesen. Er wünscht eine stärkere Betonung der Bepflanzung. Die geplanten

Investitionen, wie Neubau WC-Anlagen, sollen bald erfolgen und der Zugang den Öffnungszeiten angepasst werden. Er lobt die Untersuchungen zum Sicherheitsaspekt bei den Veranstaltungen. Er fragt, wann mit der Sanierung der Emichsburg zu rechnen sei.

Stadtrat **Peifer** dankt und fragt, ob die Dauerkarten künftig digital abbildbar seien. Er regt einen vergünstigten Abendtarif an. Der Nordgarten solle schöner gestaltet werden.

Stadtrat **Maier** dankt ebenso und lobt das schöne Aushängeschild für Ludwigsburg. Er freut sich über die stabilen Preise, wenngleich die Bürgerschaft die Höhe teilweise beklagt habe.

Stadträtin **Kuhnke** sei ein großer Fan des Blühenden Barock und dankt für die tolle Arbeit. Sie fragt, ob es für weitere Veranstaltungen neue Ideen gebe.

Die Zahlen sprechen für sich, lobt Stadtrat **Dogan**. In wenig frequentierten Zeiten könnten weitere Programme eingebaut werden, regt er an.

Die **Direktorin** der Blühenden Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH dankt für das Feedback und geht auf die offenen Fragen ein. Das Thema Digitalisierung der Dauerkarten werde im Herbst im Aufsichtsrat beraten. Rund 40.000 Dauerkarten werden verkauft. Maximal 18.000 Besuchende können zeitgleich das Gelände besuchen. Bei Events müsse dies beachtet werden. Große neue Veranstaltungen wolle sie nicht auflegen, sondern eher kleine Programme. Sie merkt an, dass teilweise Pflanzen gestohlen werden, wenngleich man in der Bepflanzung nachlegen werde. Die Emichsburg gehöre Vermögen und Bau, hier stehe man im Kontakt zum weiteren Vorgehen. Der Nordgarten werde neu geplant, perspektivisch werde ein neues Restaurant angedacht. Entsprechende Planungen habe man dem Land als Verpächter bereits vorgelegt. Die Sanierung des Abwasserbauwerks unter dem Märchenbach und die Sanierung der WC-Anlagen stehen an. Aus den Eintrittskarten müssen viele Maßnahmen finanziert werden.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die großartige Arbeit. Er lässt über Ziffer 1 bis 4 abstimmen.

OBM **Dr. Knecht** erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab. Er übergibt die Sitzungsleitung an Stadtrat Prof. Vierling.

Stadtrat **Prof. Vierling** lässt über Ziffer 5 abstimmen.

Im Anschluss übernimmt OBM **Dr. Knecht** wieder die Sitzungsleitung.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt der Neuorganisation der Verwaltung (siehe Grafik 1) und der Zielorganisation zum 01.01.2027 zu. Kern der neuen Struktur ist insbesondere die Reduzierung auf drei Dezernate sowie die Zusammenlegung von Fachbereichen.

2. Die Umsetzung erfolgt in Phasen.

Zum 01.01.2026 werden die folgenden Veränderungen vorgenommen:

- a) Zusammenführung der Stabstelle Gleichstellung (S01) mit der Stabstelle Inklusion und Integration (S02). Die neue Bezeichnung lautet Stabstelle Gleichstellung, Inklusion und Integration (S01). Die neue Stabstelle wird dem Dezernat II zugeordnet.
- b) Integration des Fachbereichs IT und Digitalisierung (FB 15) in den Fachbereich Organisation und Personal (FB 10). Die vorläufige Bezeichnung lautet Fachbereich Organisation, Personal und Digitalisierung (FB 10). Der erweiterte Fachbereich verbleibt im Dezernat I.
- c) Integration der Geschäftsstelle WIN in den Fachbereich Revision (FB 14) und Aufbau einer Finanzsteuerung mit Controlling. Die vorläufige neue Bezeichnung lautet Fachbereich Finanzsteuerung, Controlling und Revision (FB 14). Der Fachbereich verbleibt im Dezernat I.
- d) Neuausrichtung des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (R05) unter der vorläufigen Bezeichnung Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung (R05). Das Referat arbeitet weiterhin dezernatsübergreifend und ist dem Oberbürgermeister zugeordnet.
- e) Auflösung des Fachbereichs Recht (FB 30):
 - a. Verortung der Aufgabe und der Stelle des Beauftragten für Datensicherheit im künftigen Fachbereich Finanzsteuerung, Controlling und Revision (FB 14).
 - b. Integration der Zentralen Vergabestelle Bau in das Team Zentrale Beschaffung und Vergabe im künftigen Fachbereich Organisation, Personal und Digitalisierung (FB 10).
 - c. Verschiebung der übrigen Aufgaben (Justizariat, Datenschutz, Versicherungen etc.) mitsamt Stellen in das Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung (R05).
- f) Integration des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität (FB 63) in den Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation (FB 61). Die vorläufige Bezeichnung lautet Fachbereich Stadtplanung, Nachhaltige Mobilität und Geoinformation (FB 61). Der Fachbereich wird im Dezernat IV verortet.

3. Spätestens zum 01.01.2027 werden die folgenden Veränderungen umgesetzt:

- a. Zusammenführung von Dezernat III und Dezernat IV. Dem neuen Dezernat III werden die folgenden Fachbereiche zugeordnet: Fachbereich Liegenschaften und Wohnen (FB 23), Fachbereich Bürgerbüro Bauen (FB 60), Fachbereich Stadtplanung, Nachhaltige Mobilität und Geoinformation (FB 61), Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft (FB 65), Fachbereich Tiefbau und Grünflächen (FB 67), Fachbereich Technische Dienste Ludwigsburg (FB 68), Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg (EB 81).

- b. Integration des Fachbereichs Wirtschaftsförderung (FB 80) in den Eigenbetrieb Tourismus und Events Ludwigsburg (EB 89) unter der neuen Bezeichnung Eigenbetrieb Wirtschaft, Tourismus und Events (EB 89).
- c. Integration der Aufgabe Städtepartnerschaften mitsamt Stellen (derzeit im Referat) in den Eigenbetrieb Wirtschaft, Tourismus und Events (EB 89).
- d. Aufbau eines Teams Bürgerschaft und Kommunikation im künftigen Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung. Die personellen und finanziellen Ressourcen werden stellen- und budgetneutral unter anderen aus der Abteilung FB 13.1 Pressearbeit und Kommunikation verschoben.
- e. Aufbau einer Geschäftsstelle Presse und Gremien in direkter Zuordnung zum Oberbürgermeister. Die neue Geschäftsstelle umfasst die Geschäftsstelle Gemeinderat sowie die Pressearbeit aus der bisherigen Abteilung Pressearbeit und Kommunikation.
- f. Zusammenführung des Fachbereichs Kunst und Kultur (FB 41) mit der Abteilung Sport (FB 57.5). Der neue Fachbereich erhält die Bezeichnung Kultur und Sport (FB 45) und wird im Dezernat I verortet.
- g. Der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport (FB 57) erhält die neue Bezeichnung Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe und Soziales (FB 57).
- h. Zusammenführung des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung (FB 32) mit dem Fachbereich Bürgerdienste (FB 33) unter der vorläufigen Bezeichnung Fachbereich Sicherheit, Ordnung und Bürgerdienste (FB 31). Der neue Bereich wird im Dezernat II verortet.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung dieser Veränderungen (Ziffer 2 & 3) einzuleiten. Dies betrifft zunächst die Maßnahmen in Ziffer 2 (auf 01.01.2026) und folgende Aufgaben:

- a. die Durchführung der Organisationsentwicklungsprozesse inklusive der strukturierten Übergabe von Aufgaben und Fachentscheidungen vorbereitend und jahresübergreifend 2025/2026 sowie 2026/2027.
- b. die Anpassung der Hauptsatzung sowie die Vorbereitung der Beratungen des Gemeinderats über die künftige Anzahl der beschließenden Ausschüsse.
- c. die Vorbereitung der Personalentscheidungen für Fachbereichsleitungen und stellvertretende Fachbereichsleitungen.
- d. die Anpassung der Haushalts- und Kassensysteme und aller nachgelagerten Anwendungen und Systeme.

5. Salvatorische Klausel

Änderungen, die hier nicht explizit benannt sind, sich aber aus den vorgenannten Schritten ergeben, können ohne weitere Beschlüsse umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

OBM **Dr. Knecht** geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Als zentrale Botschaft nennt er die Reduzierung von vier auf drei Dezernate. Die Verwaltung müsse sich konsolidieren und die Kosten reduzieren, unter anderem hinsichtlich der Akzeptanz in der Bürgerschaft zu Steuer- und Gebührenerhöhungen, jedoch auch die Verwaltung stärken, modernisieren und Prozesse vereinfachen. Die Mitarbeitenden leisten eine hervorragende Arbeit und seien grundsätzlich unverzichtbar, wenngleich dieser Schritt dennoch zwingend notwendig sei. Künftig werden die Kommunen, unter anderem aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen, finanziell schlechter aufgestellt sein. Seit Juni 2024 laufe der Neuorganisationsprozess. Früh habe man die Fachbereichsleitungen und stellvertretende Fachbereichsleitungen sowie weitere Führungskräfte einbezogen. Die weiteren Betroffenen werden nach der Beschlussfassung des Gemeinderates aktiv beteiligt und intensiv begleitet, auch durch externe Coaches. Er geht auf die Ludwigsburger Garantie, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, ein. Auch die Arbeitgebermarke müsse weiterhin gestärkt werden. Wichtig sei ebenso die Stärkung der Wirtschafts- und Bürgerorientierung. Er geht auf die Aufgabenkritik und Standards ein, welche fortlaufend geprüft werden. Hierzu sei zudem eine Klausur der Verwaltungsleitung geplant. Weiter geht OBM Dr. Knecht auf die Zielorganisation der Verwaltung zum 01.01.2027 ein und greift einzelne Maßnahmen heraus. Man wolle resiliente Dezernate schaffen.

Man wolle Doppelstrukturen abbauen und Synergien nutzen, ergänzt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Organisation und Personal und fährt in der Präsentation fort. Unmittelbar nach dem Beschluss am 30.07. werde man in den Veränderungsprozess einsteigen.

Das Organigramm brauche Zeit und Ressourcen, so die **Vorsitzende des Personalrates**. Der Personalrat wünsche weiterhin Vertrauen in die Beschäftigten. Kritisch merkt sie an, dass die Mitarbeitenden durch die Veränderungen zusätzlich belastet werden. Der Neuorganisation bringe Unsicherheit und brauche flankierende Maßnahmen. Umsetzungen müssen mit Fingerspitzengefühl und ausreichender Ausstattung erfolgen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** ermutigt alle Mitarbeitenden der Verwaltung zur engagierten Mitwirkung am Wandel. Die Stellungnahme des Personalrates wirke konstruktiv. Die jetzige Vorlage habe Anregungen der Fraktionen aufgegriffen. Neue Verwaltungskulturen müssen wachsen und bergen Chancen und Synergien. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen und stelle sich diesem Veränderungsprozess.

Stadtrat **Meyer** dankt allen Beteiligten. Der Gemeinderat entscheide und müsse Verantwortung tragen. Der Zeitpunkt für eine öffentliche Behandlung sei gekommen, da die interne Unsicherheit ansteige. Der Gemeinderat müsse Beschlüsse fassen und die Verwaltung zeitnah und transparent Umsetzungsschritte vorlegen, wenngleich die Umsetzung und die Kosteneinsparung teilweise Zeit brauchen. Es bestehen gesicherte Ansprüche der Amtsinhaber, gibt er klar zu bedenken. Dennoch sei er der festen Überzeugung, dass die Veränderungen jetzt angegangen werden müssen. Die Mitarbeitenden müssen mitgenommen und entsprechend begleitet werden. Die Reduzierung der Stellenzahl in der Breite, mache auch im Führungsbereich Änderungen notwendig. Er erwarte durch die Zusammenführung der Fachbereiche

verbesserte Strukturen und hofft auf Synergien und deutliche Effizienzsteigerungen. Manche Zusammenlegungen sieht er dagegen kritisch. Hierzu nennt er die Außenwirkung gegenüber den Partnern, insbesondere die Zusammenlegung von Sport und Kultur, sowie Wirtschaftsförderung und TELB. Die Wirtschaft sei wichtiger denn je und der direkte Zugang zum Oberbürgermeister solle erhalten bleiben. Die Organisationsveränderungen dürfen bei den Mitarbeitenden nicht zu einer Demotivation oder einem Stillstand führen, sondern auch als persönliche Chance gesehen werden. Zur Aufgabenkritik erwarte er im Herbst weitere Empfehlungen. Seine Fraktion trage den Verwaltungsvorschlag mit und werde den Prozess begleiten sowie für die Mitarbeitenden da sein.

Eine leistungsfähige und lernende Verwaltung sei wichtig, sagt Stadtrat **Raasch**. Der Aufbau von Controlling werde seine Fraktion genau beobachten, da hier viel Potential gesehen werde. Die Zusammenlegung von Kultur und Sport solle gleichrangig gestaltet sein. Er geht auf die Öffentlichkeitsarbeit ein und wünscht künftig vor der Presse informiert zu werden, dies sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen, merkt er kritisch an. Das Regierungspräsidium erhalte von den Änderungen Kenntnis, lobt er. Er fragt, wer für die ausgesprochene Ludwigsburger Garantie die Haftung übernehme. Seine Fraktion stimme dem Verwaltungsvorschlag ansonsten zu.

Stadtrat **Maier** sieht menschliche Härten bezüglich Karrieren, dennoch müssen schwierige Entscheidungen getroffen werden. Personal sei der größte Kostenpunkt, jedoch auch die treibenden Zahnräder für die Bewegung. Die Verwaltung sei die Software einer Gesellschaft. Sofern die Abläufe schnell und unkompliziert funktionieren, profitiere die Bürgerschaft und die Wirtschaft. Die nachhaltige Reduktion auf drei Dezernate sehe er kritisch, da die Aufgaben nicht weniger werden, dennoch müsse konsolidiert werden. Modernisierung brauche Ressourcen, gibt er zu bedenken und Innovationspotential sehe er in Summe künftig als geringer an. Die Ablauforganisation liege in Obhut der Verwaltung. Durch die Auslagerung der Wirtschaftsförderung befürchte er einen Kontrollverlust, weniger Zentralität und Schwächen in der Kommunikation. Er rät die Wirtschaftsförderung in einer Stabstelle zu belassen. Ebenso sehe er Schwierigkeiten bei der Zusammenlegung der großen Fachbereiche Sport und Kultur. Er unterstütze die Ludwigsburger Garantie, wünscht jedoch mehr Information zum Umgang mit hochverdienten Mitarbeitenden, deren Funktion künftig wegfallende und keine vergleichbaren Stellen zur Verfügung stehen. Verwaltung trage maßgeblich für eine starke Gesellschaft und eine stabile Demokratie bei. Seine Fraktion werde den Prozess mittragen und stehe den Verwaltungsmitarbeitenden zur Verfügung.

Der Prozess bedeute einen Wandel, sagt Stadträtin **Kuhnke**, wenngleich unpopuläre Entscheidungen, wie auch Personalabbau, getroffen werden müssen. Sie fragt, wie die Aufgaben bisher verteilt seien und meint, dass gegebenenfalls manche Bereiche bisher nicht ausgelastet seien. Man brauche starke Führungskräfte, welche auf den Prozess vorbereitet werden müssen. Das Zielbild sei die Aufgabe der Verwaltung und dies werde von ihrer Fraktion nicht in Frage gestellt. Sie sieht einen Sozialplan als sinnvoll an, dadurch seien auch betriebsbedingte Kündigungen möglich. Sie bezweifelt, dass tatsächlich von betriebsbedingten Kündigungen abgesehen werden könne. Synergien, Wirtschaftlichkeit und Bürgerorientierung seien wichtig, wie auch die Aufgabenverteilung in der Zukunft. Das Personal müsse der Aufgabe folgen. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Haag** dankt für den konstruktiven Umgang mit der Situation und dem Prozess. Der Beginn sei maßvoll und ein guter Einstieg. Man brauche solide Prozesse. Seine Fraktion werde zustimmen.

Der Personalrat und die Fachbereichsleitungen sollen in die Entscheidungen einbezogen werden, sagt Stadtrat **Dogan**. Die Aufgabenbereiche sollen entsprechend der Kompetenzen der Dezernentinnen und Dezernenten zugeordnet werden. Einzelne Versetzungen bedeuten eine Vorbereitung für die Mitarbeitenden unter anderem in den Bereichen Kundenkreis, Software und Betriebsmittel. Deren Zufriedenheit dürfe nicht leiden, denn die Leistung der Verwaltung hänge davon ab.

EBMin **Schmetz** dankt dem Gremium. Man brauche zeitnahe Entscheidungen. Sie geht insbesondere auf die Änderungen in ihrem Dezernat ein. Sie geht von Synergien und Chancen, mit Auswirkungen auf die Sozialpolitik, aus.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Organisation und Personal dankt ebenso dem Gremium für die Stärkung und die konstruktiven Hinweise. An der Ludwigsburger Garantie, dass keine Kündigungen aufgrund der Umstrukturierung erfolgen, werde festgehalten, wenngleich jedoch Befristungen auslaufen können, merkt sie an. Man könne auf vorhandene Strukturen und bereits gelebte Formate zum Thema Begleitung und Changemanagement aufbauen, wenngleich darüber hinaus Teams und Führungskräfte begleitet werden müssen.

Die ausgesprochene Ludwigsburger Garantie habe man gut abgewogen, ergänzt OBM **Dr. Knecht**. Mit einer gezielten Personalentwicklung und andererseits Fluktuationen sowie Steuerung über Verrentung oder auslaufender Verträge hoffe man auf ein gutes Konstrukt. Insgesamt gehe man von einer Anzahl von rund 200 Stellen aus. Die Wirtschaftsförderung sei weiterhin nah am Oberbürgermeister und werde als Einheit mit Tourismus & Events weiter priorisiert sowie gestärkt. Ebenso optimistisch sehe er den Bereich Kultur und Sport und er geht von einer künftigen Stärkung, im Ehrenamt wie auch im professionellen Bereich, aus. Das Thema Presse habe mit der Verwaltungsgliederung nur bedingt zu tun und könne zu einem anderen Zeitpunkt separat diskutiert werden. Die Lehrschwimmbäder seien ein Beispiel für Standards-/Aufgabenreduzierung und stehen heute nicht zur Diskussion. Er dankt allen Beteiligten und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht des **Fachbereichsleiters** Liegenschaften und Wohnen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Stadträtin **Schittenhelm** regt eine bessere ÖPNV-Verbindung zum Monrepos an. Teilweise müssten die Veranstalter den Einsatz von Sonderbussen selbst finanzieren. Die Einsparung der Unterhaltskosten sei für die Stadt interessant, wenngleich sie bedauere, dass hierdurch ein barrierefreier und kostenloser Erholungsort weg falle.

Stadtrat **Passaro** beäugt kritisch die Entwicklungen auf dem Gelände und fordert dies auch von der Verwaltung ein. Das Gebiet diene der Naherholung. Eine Verbesserung der Busanbindung sei vermutlich aus Kostengründen nicht abbildbar, so seine Einschätzung. Er regt die Anbringung von Fahrradstellplätzen an. Im Sinne von WIN LB sei die Maßnahme sinnvoll.

Stadtrat **Maier** teilt die kritische Haltung des Vorredners. Er fragt, wie die Stadt Einfluss auf die Entwicklung nehmen könne. Das Areal solle weiterhin der Bevölkerung als Naherholungsgebiet zur Verfügung stehen.

Stadträtin **Kuhnke** merkt kritisch an, dass man im ganzen Stadtgebiet hohe Parkgebühren verlange und wundert sich, warum man bei diesem Gebiet eine Ausnahme mache. Dies widerspreche sich, gibt sie zu bedenken. Die Hofkammer, als Eigentümerin, dürfe selbst entscheiden, welche Zielgruppen sie ansprechen wolle.

Die Hofkammer würde eine bessere ÖPNV-Verbindung begrüßen und sei bereit, dies finanziell zu unterstützen, merkt der **Fachbereichsleiter** Liegenschaften und Wohnen an. Dies werde bei der nächsten Ausschreibung eingebracht. Die Bewirtschaftung werde kamerabasiert sein. Bei Sonderveranstaltungen oder zur Zufahrt zum Reitverein greife das System nicht.

Die Stadt achte weiterhin auf ein gutes Verhältnis mit der Hofkammer, sagt OBM **Dr. Knecht**. Das Areal sei als Naherholungsgebiet wichtig, wie auch der Erhalt unter anderem der OpenAir Veranstaltung der Schlossfestspiele. Die Stadt habe Interesse, das Gelände weiterhin für die Bürgerschaft zugänglich zu machen und gleichzeitig die Hofkammer, mit möglichst wenig städtischen Ausgaben, in die Lage zu versetzen, ihrer Sicherungspflicht nachzukommen. Das Thema Bootsverleih sei nicht für alle Ewigkeit in Abrede gestellt. Radstände sehe er ebenso als wichtig an. Eine Buslinie sei wünschenswert, jedoch finanziell schwer abbildbar. Die Bewirtschaftung des Parks und der Domäne verursache steigende Kosten, so der OBM, diese könnten durch Eintrittsgelder oder Einnahmen aus einer Parkraumbewirtschaftung teilweise gegenfinanziert werden. Die Verwaltung bevorzuge die Parkraumbewirtschaftung. Dies ermögliche zumindest für Radfahrende und Fußgänger einen kostenlosen Zutritt. OBM Dr. Knecht stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Diese nehme Bezug auf die Anträge Nr. 425/22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Nr. 272/24 der CDU-Fraktion.

Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie stellt das Fundraising- Konzept vor.

OBM **Dr. Knecht** lobt die akquirierte Summe von rund 140.000 Euro. Er merkt an, dass nicht nur Finanzmittel eingeworben, sondern auch Strukturen und Netzwerke geschaffen und etabliert werden. Zudem solle die Außenwirkung der Bürgerstiftung gestärkt werden.

Netzwerkstrukturen zu schaffen sei hinsichtlich des städtischen Haushalts wichtig, sagt Stadtrat **Prof. Vierling**. Er hofft auf schnelle und große Erfolge und habe hohe Erwartungen. Die Notwendigkeit der Aufgabe sei hoch. Der Fonds und die Bürgerstiftung seien etabliert und traditionell gut eingeführt. Das neue Potential müsse untersucht werden. Beim Sponsoring seien auch Eigeninteressen zu berücksichtigen, gibt er zu bedenken. Es sollen nicht in erster Linie Werbemöglichkeiten für Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Mittel, die auf politische Ziele Einfluss nehmen, wolle man nicht. Hierzu brauche man ein gutes Fingerspitzengefühl. Er wünscht mehr Information zum Jahr der Bildung. Erste Ansätze werden erkannt, wenngleich man sich noch im Anlaufprozess befinde. Das Volumen müsse perspektivisch noch deutlich gesteigert werden. Er spricht die noch offene Finanzierung der Forum-Sanierung an und hofft auf Unterstützung. Die Arbeitsgruppe müsse sich dauerhaft lohnen. Er begrüßt die Prüfung eines Klimaschutz-Fonds. Die Vorlage gehe nicht auf die Fördermittelakquise der Fördertöpfe von EU, Bund und Land ein und er fragt nach der konzeptionellen und personellen Aufstellung.

Stadtrat **Meyer** sieht die Notwendigkeit Fundraising zu betreiben, wenngleich er die Notwendigkeit der Stelle in Frage stellt, auch im Sinne von WIN LB. Die effektiven Kosten, hier geht er von 500.000 bis 700.000 Euro innerhalb von fünf Jahren aus, müssen dem Nutzen gegenübergestellt werden. Hinzu kommen noch verschiedene Arbeitsgruppen. Er wünscht die Abgrenzung zu Aktivitäten anderer Vereine und fragt, ob diesbezüglich Möglichkeiten durch das Fundraising abgegriffen werden. Weiter geht er auf den Fonds ein. Hier gebe es eine klare Struktur zur Verteilung der Gelder. Er fragt, ob beim Fundraising ebenso ein gemeinderätliches Gremium, zur transparenten Verteilung der nicht zweckgebundenen Spenden, angedacht sei. Er zeigt sich verwundert über die Einbeziehung einer Agentur. Normalerweise gebe es zuerst ein Konzept und danach erfolge eine Stellenbesetzung, merkt er an. Durchaus habe er sich auch Potential in der bestehenden Mitarbeiterschaft vorstellen können, die bereits über Kontakte zur Wirtschaft verfügen. Die Fundraising-Kommunikation sei zusätzlich, zur bestehenden Öffentlichkeitsarbeit, eingerichtet worden. Es sollen nicht zu viele Fundraising-Bereiche geschaffen werden. Er fragt, ob die zentrale Fundraising-Datenbank laut Datenschutzgrundverordnung nach außen gespielt

werden müsse, hier müssen klare Rechtsgrundlagen und Zugangsberechtigungen geschaffen werden und eine Zustimmung vorliegen.

Die Bürgerstiftung müsse in der Bürgerschaft mehr bekannt gemacht werden, sagt Stadtrat **Peifer**. Die einbezogene Agentur binde Kosten, bemängelt er.

Öffentlichkeitsarbeit sei wichtig, wenngleich es hierzu weitere Stellen in der Verwaltung gebe, sagt Stadtrat **Maier**. Er fragt nach den Kosten pro akquiriertem Euro und den zukünftigen Prognosen und Potentialen.

Stadtrat **Haag** lobt das Konzept. Er erinnert an den FDP-Antrag zum Thema Crowdfunding für die Stadtteilprojekte. Hierzu könne er sich eine Beteiligung durch die Bürgerstiftung vorstellen.

OBM **Dr. Knecht** macht deutlich, dass eine gewisse freie Unterstützung möglich gemacht werde und laufe nicht in Konkurrenz, sondern unterstützend. Das Angebot werde von den Vereinen positiv aufgenommen. Neben der Bürgerstiftung und dem Fonds, mit ihren klaren Strukturen, sei hier ein freies Konzept vorgesehen. Viele Geldgeber scheuen eine Entscheidung im Gremium. Zudem weist er darauf hin, dass in der Verwaltung darüber hinaus noch weitere Akquise-Arbeit betrieben werde. Die Projektabhängigkeit der Stelle sei bewusst, im Sinne von WIN LB, auf fünf Jahre angesetzt. Mit Etablierung eines Gremiums verliere man eine gewisse Freiheit, gibt er zu bedenken. Er wirbt für eine Akzeptanz während der Vertragslaufzeit. Es werde eine jährliche Berichterstattung erfolgen.

Crowdfunding werde im Blick behalten, so der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales. Mit zweckgebundenen Spenden erreiche man häufig die Geldgeber besser. Die Spendenannahmen werden künftig aus der Datenbank generiert und somit vereinfacht. Die Verwaltung arbeite bereits erfolgreich mit den klassischen Förderkulissen. Das vorgestellte Konzept gehe darüber hinaus. Im Steuerrecht gebe es derzeit viele Änderungen. Man stehe hierzu im engen Austausch mit dem Fachbereich Finanzen.

Der Klimafonds werde weiter thematisiert, sei über die klimaneutrale Kommune gefördert worden und nach wie vor in dem Gesamtkonzept Fundraising zu betrachten, so eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales. Das Thema Crowdfunding werde weiter betrachtet, wenngleich die Gemeindeverordnung diese Möglichkeit nicht abbilde. Die Prozesse zur Spendenfreigabe müsse über den Bildungs- und Sozialausschuss erfolgen und deshalb nicht realisierbar. Man prüfe die Ansiedlung an eine städtische Gesellschaft.

Stadtrat **Meyer** teilt mit, dass der im Zusammenhang stehende Antrag 272/24 der CDU-Fraktion mit dem heutigen Bericht erledigt sei.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.